

Uli Cremer

# Neue NATO: die ersten Kriege

Vom Militär- zum Kriegspakt



VSA

Uli Cremer  
Neue NATO: die ersten Kriege

*Uli Cremer* war als GRÜNER Friedenspolitiker bis 1999 Sprecher des Fachbereichs Außenpolitik, gründete die GRÜNE Anti-Kriegsinitiative gegen den Kosovo-Krieg und organisierte gemeinsam mit Christian Ströbele und Annelie Buntenbach den parteiinternen Widerstand gegen den Kriegskurs. Die von ihm 2007 initiierte GRÜNE Friedensinitiative ist Teil der Bewegung gegen den Afghanistan-Krieg. 1998 veröffentlichte er bei VSA das Buch »Neue NATO – neue Kriege?«

*Hans-Christian Ströbele*, Rechtsanwalt, Mitglied des Bundestages von 1985 bis 1987 und seit 1998; seit Oktober 2002 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Koordinator des Arbeitskreises III Demokratie, Recht und Gesellschaftspolitik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Er vertritt den Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg-Ost im Bundestag.

Uli Cremer

# **Neue NATO: die ersten Kriege**

Vom Militär- zum Kriegspakt

Mit einem Vorwort

von Hans-Christian Ströbele

VSA: Verlag Hamburg

**www.vsa-verlag.de**

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Titelfoto: Bundeswehrsoldat in Kundus, Afghanistan, 23.11.2004  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-314-4

# Inhalt

<b>Vorwort</b> von <i>Hans-Christian Ströbele</i> .....	7
<b>Einleitung</b> .....	11
<b>Kapitel 1: Ein wandlungsfähiger Militärpakt</b> .....	15
1. Militärpakt oder kollektives Sicherheitssystem? .....	15
2. Die NATO im Kalten Krieg .....	16
3. Die NATO-Erweiterungen 1949-1989 .....	23
4. Nach dem Ende des Kalten Krieges .....	23
5. Neue Feindbilder, Einsatzgebiete, Aufgaben und Mittel .....	29
6. »Peace Support« – die neue NATO-Militärdoktrin der 90er Jahre ...	31
<b>Kapitel 2: Der Bosnien-Krieg</b> .....	35
<b>Kapitel 3: Der Kosovo-Krieg</b> .....	49
1. Warum griff die NATO 1999 Jugoslawien an? .....	51
2. Die professionelle Vorbereitung des Krieges .....	56
3. Das »Massaker« von Racak .....	62
4. Rambouillet: Gründe des Scheiterns .....	63
5. Die NATO-Bedingungen zur Beendigung des Krieges .....	65
6. Die »humanitäre Katastrophe« im Kosovo .....	66
7. Ein neuer Staat wird ausgerufen (2008), der Völkerrechtsbruch geht weiter .....	70
<b>Kapitel 4: Der Afghanistan-Krieg</b> .....	73
1. Die NATO und die Operation Enduring Freedom .....	78
2. Gründe für den Afghanistan-Krieg .....	81
3. Breite »Koalition der Willigen« .....	84
4. ISAF – die NATO betritt das Spielfeld .....	87
5. Einheitliches Kommando für ISAF und OEF? .....	92
6. ISAF 2006: Von der Schutztruppe zur Kampftruppe .....	94
7. Kein Ende in Sicht .....	97
8. Die Rolle Pakistans .....	100
9. Afghanistan-Krieg: Wie lange noch? .....	103
10. Kriegsende ohne Sieg? .....	107

<b>Kapitel 5: Das Verhältnis zwischen NATO und EU</b> .....	109
1. Die autonomen Krisenreaktionskräfte der EU .....	111
2. Das Verhältnis NATO – EU und die Umsetzung ihrer Militärpläne .....	113
3. Der dritte Golfkrieg (»Irak-Krieg«) .....	120
4. Die gemeinsame Interessenlage .....	122
5. Die Grundlagen US-amerikanischer Grand Strategies .....	125
6. Kollisionskurs der Bush-II-Regierung .....	129
7. USA: Welthegeemon oder Offshore Balancing? .....	131
<b>Kapitel 6: Das Verhältnis NATO – Russland</b> .....	136
1. Der Südossetien-Krieg 2008 .....	136
2. Wem nützte der Südossetien-Krieg? .....	142
3. Blick zurück: Russland nach dem Untergang der Sowjetunion .....	145
4. Streit (1999) und Versöhnung (2001) .....	151
5. Das deutsch-russische Verhältnis .....	154
6. Russlands wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen .....	155
7. Der westliche Demokratie-Export .....	159
8. Russlands »Imperialpolitik« .....	161
9. Die Energie-Macht .....	166
10. Konfliktfelder: KSE, atomare Abrüstung, Raketenabwehr .....	171
11. Perspektiven der Beziehungen NATO – Russland .....	175
<b>Kapitel 7: Zukunftsfragen und Alternativen</b> .....	180
1. Das Verhältnis zur UNO: NATO-Recht bricht Völkerrecht .....	182
2. Militärische Fähigkeiten der NATO und ihre Kosten .....	183
3. Militärintervention in vier Phasen .....	189
4. Neue Militärphilosophie: Eskalationsdominanz .....	190
5. Die NATO als Kraft des Guten und die Energie-Sicherheit .....	194
6. »Bündnis der Demokratien von Alaska bis Finnland« .....	197
7. Rückbesinnung auf die »Alte NATO«? .....	203
8. Ausblick .....	206
<b>Zum Weiterlesen</b> .....	213
<b>Personen-Glossar</b> .....	214
<b>Abkürzungen</b> .....	215

## Vorwort

An Live-Reportagen über »unsere« Soldaten, die auf fernen Kriegsschauplätzen für uns zu Weihnachten Wache stehen, müssen wir uns offenbar gewöhnen. Das musste ich jüngst zur Kenntnis nehmen. So sensibilisiert las ich Uli Cremers Buch. Er zeigt beängstigende Entwicklungen auf. Die NATO scheint bedrohlicher, als sie es in Zeiten des Kalten Krieges je war.

Damals ging es um die Verteidigung des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundeswehr für den Fall, dass die Sowjets über die Elbe kommen. Es ging um die Verschärfung der Bedrohung in Europa durch Raketenstationierung und Erstschlagsstrategie mit Atomwaffen der NATO.

Vor allem blieb alles Bedrohliche, wogegen wir auf die Straße gingen, glücklicherweise Theorie und wurde nicht kriegerische Realität. Die Bundeswehr rückte im Kalten Krieg nie zu einem Kriegseinsatz aus. Auch die gefährlichsten NATO-Planspiele sahen nur Einsätze im Fall eines realen Angriffs auf das Bündnisterritorium vor. Einen NATO-Bündnisfall gab es jedoch nie vor 2001.

Heute ist alles anders. Planspiele sind längst von der Theorie zur militärischen Praxis geworden. Bundeswehr und NATO sind weltweit im Einsatz, selbstverständlich mit »robustem Mandat«. Die Bundeswehr verteidigt unsere Freiheit nicht mehr an der Elbe, sondern am Hindukusch. Sie garantiert die Sicherheit der Handelsschifffahrt vor der Küste Somalias, befriedet Afghanistan und den Balkan. Und sie wird darauf vorbereitet, weltweit als kriegführende Friedensmacht immer mehr Aufgaben zu übernehmen, out of area und notfalls auch unter Ersteinsatz von Atomwaffen einer neuen Generation.

Vieles, was Pessimisten und Verschwörungstheoretiker damals an Schreckensbildern von NATO-Kriegen weltweit unter Beteiligung deutscher Soldaten für die ferne Zukunft an die Wand gemalt haben, ist heute Praxis oder scheint doch bald möglich: auch Kriegseinsätze, um Regimewechsel herbeizuführen oder um Handelswege und Ressourcen zu sichern.

Ein halbes Dutzend pensionierter Generäle hat 2008 eine Studie vorgelegt, in der die neuen Aufgaben einer neuen NATO überall auf der Welt aufgezeigt werden, etwa Nuklearwaffen zuerst einzusetzen oder auch ohne



UNO-Mandat in einen Krieg zu ziehen. Unser Wohlstand soll demnach auch militärisch verteidigt werden.

Uli Cremer stellt nüchtern die Geschichte von NATO und Bundeswehr von ihren Anfängen bis heute dar. Er analysiert die NATO-Entwicklung unter Vorgabe und Führung der USA von einem reinen Verteidigungs- zum militärischen Vielzweckbündnis. Dem Verhältnis zu Russland widmet er ein ganzes Kapitel. Aus der Praxis der Einsätze und zahlreichen Äußerungen der handelnden Politiker und Militärs entwickelt Cremer ein umfassendes Bild der Veränderungen von Sicherheits- und Machtstrategien der NATO. Am Schluss beschreibt er US- und NATO-Planungen als beängstigendes und bedrückendes Szenario einer NATO, die rund um den Erdball Aufgaben wahrnimmt.

Das Buch steckt voller Fakten. Sie werden belegt durch Hunderte von Fundstellen und Quellenangaben. Uli Cremer lässt die Tatsachen sprechen, er tut das fast ohne Polemik. Das Buch ist also keine Abrechnung mit der Friedenspolitik der Grünen, Uli Cremers Partei. Die Grünen und ihr Anteil an der Veränderung von Theorie und Praxis bei Bundeswehr und NATO kommen nur beiläufig vor.

Cremer gehört seit vielen Jahren zu den führenden Friedensbewegten bei den Grünen. Ich erinnere mich, wie er durch seine Rede auf dem Magdeburger Parteitag 1998 entscheidend dazu beigetragen hatte, dass in das grüne Wahlprogramm für die anstehende Bundestagswahl die Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr aufgenommen wurde – sehr zum Leidwesen von Joschka Fischer, der damals seine Felle, Außenminister zu werden, wegschwimmen sah. Ein halbes Jahr später, gleich nach der Bundestagswahl, wurde das Programm, für das die Partei gewählt worden war, an diesem wichtigen Punkt ignoriert. Eine große Mehrheit der Bundestagsfraktion stimmte dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Krieg zu.

Noch heute gehört Uli Cremer zu den Friedensaktivisten in der Partei, die am konsequentesten Friedenspositionen vertreten, etwa wenn es um die Verlängerung von Bundeswehreinmärschen in Afghanistan oder anderswo geht.

Die Lektüre des Buches war für mich auch eine Reise in die eigene politische Vergangenheit. Bei wichtigen Ereignissen war ich als Zeitzeuge dabei, zunächst außerparlamentarisch als Demonstrant auf der Straße, später auch als Parlamentarier in der grünen Bundestagsfraktion. Als solcher habe ich die von Cremer beschriebenen Entwicklungen von NATO und Bundeswehr und später das Zustandekommen von Entscheidungen in Deutschland miterlebt, manchmal mit durchlitten.

Beim Lesen kam die Erinnerung wieder hoch – an die Empörung über die Verschärfung des Kalten Krieges durch die Stationierung der Mittelstre-

ckenraketen in Deutschland, aber auch an die Augenblicke der Hoffnung auf ein Ende des Wettrüstens und ein Ende der NATO nach der Wende.

Wieder präsent waren die dramatischen Situationen vor und während des Kosovo-Krieges. Auch die heftigen Diskussionen darüber, ob es das Massaker in Racak, das Anlass für den Krieg sein sollte, gegeben hat und ob das geheime Zusatzprotokoll zum Text der Vereinbarungen von Rambouillet, das die Unterwerfung Serbiens unter die NATO verlangte, wirklich existierte. Und dann die Nacht, in der die Luftangriffe auf Serbien begannen, und sich morgens der Bundestag zunächst sogar weigerte, das Thema auf die Tagesordnung zu nehmen. Schließlich die Flüchtlingskatastrophe im Kosovo während der Bombardierungen Serbiens durch die NATO – war sie Folge der Bombardierungen oder nicht?

Erinnert hat mich Uli Cremers Buch auch an die Entscheidungsfindung über den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Nicht dessen Ablehnung im Bundestag war für einige von uns grünen Abgeordneten das Problem – da hatten wir uns längst festgelegt –, sondern dass der Kanzler mit der Entscheidung über den Einsatz der Bundeswehr die Vertrauensfrage und damit den Fortbestand der rot-grünen Koalition unlösbar verbunden hatte. Damit haben wir uns tage- und nächtelang rumgequält, so schlimm, dass manche krank wurden. Übrigens: zu einem Losverfahren oder anderem Schnickschnack, wie uns zuweilen unterstellt wurde, haben wir als Problemlösung nicht Zuflucht genommen!

Ein Buch über die NATO kann nicht alle Themen einbeziehen. Trotzdem hätte ich mir gewünscht, dass Uli Cremer sich stärker damit auseinandersetzt hätte, ob und welche Alternativen es jeweils an den Scheidewegen von Bundeswehr und NATO gegeben hat und warum sie nicht genutzt wurden. Was hätte es denn für die NATO, für Deutschland, für die frisch ins Amt gekommene rot-grüne Regierung bedeutet, wenn sie sich der Serbien-Politik der USA unter Präsident Clinton, dem Ultimatum an Milosevic und schließlich dem Krieg verweigert hätten?

Was wäre die Folgen gewesen, wenn Deutschland oder die Grünen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA den Krieg gegen Afghanistan nicht mitgemacht hätten? Die rot-grüne Koalition wäre am Ende gewesen. Auch ohne die Grünen wäre – wie die Dinge und die Mehrheiten damals nun mal waren – der Bundeswehreininsatz in Afghanistan mit großer Mehrheit im Bundestag beschlossen worden.

Denn es ist wichtig, solchen Fragen nachzugehen. Nicht um aus der Verantwortung zu fliehen oder Schuld abzuwälzen, sondern um Alternativen für die Auseinandersetzung aufzuzeigen und für zukünftige Entscheidungssituationen zu lernen. Im Buch wird auch die wachsende Bedeutung der Mi-

litärpolitik in der Europäischen Union geschildert. Zu Recht wird etwa auf die »Aufrüstungsklausel« verwiesen, die in der gescheiterten EU-Verfassung enthalten war und auch wieder im EU-Reformvertrag von Lissabon steht. Aber vielleicht ist dieser Umstand eine Reaktion auf die Erfahrungen, welche die rot-grüne und andere europäische Regierungen als NATO-Verbündete während der Bombardierung Serbiens im Kosovo-Krieg gemacht hatten. Etwa die Erfahrung, dass sie nicht nur keinerlei Einfluss auf die Kriegführung und Auswahl der Bomben- und Raketenziele hatten, sondern dass sie nicht einmal darüber informiert wurden, welche Objekte angegriffen und zerstört werden sollten.

So standen sie uninformiert und erklärungslos vor Bombentreffern auf Pressezentrum, Industrieanlagen, Eisenbahnzug oder eine Botschaft. Gerade das Bemühen der Europäer, den übermächtigen Einfluss der USA innerhalb der NATO und in »Koalitionen der Willigen« zurückzudrängen, treibt womöglich den Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU voran. Äußerungen des damaligen deutschen Außenministers könnten so interpretiert werden.

Um nicht missverstanden zu werden, eine solche Intention rechtfertigt nicht die Aufrüstungsverpflichtung und den Aufbau einer EU-Militärmacht, ist aber einer Befassung und Auseinandersetzung wert.

Auch wenn einige interessante Fragestellungen gerade der deutschen Politik nicht behandelt wurden, gilt für mich insgesamt: Das Buch ist ein Standardwerk über die NATO. Man muss nicht die Wertungen, Schlussfolgerungen und Prognosen in dem Buch teilen, aber für alle Friedensbewegten, die sich kritisch mit Bundeswehr und NATO auseinandersetzen wollen, ist das Buch ein Muss. Für die, die ihre Erinnerung wieder auffrischen wollen, genauso wie für die Jungen, die sich neu mit diesen Militärinstitutionen beschäftigen.

Nach der Lektüre von Uli Cremers NATO-Buch weiß ich noch besser, warum ich gegen die NATO bin, und kann dieses Wissen besser begründen.

# Einleitung

Hatte man 1998 noch »Neue NATO – neue Kriege?« mit einem Fragezeichen versehen müssen, sind die damaligen Befürchtungen inzwischen Wirklichkeit geworden: 1999 griff die NATO das damalige Jugoslawien an und löste die Kosovo-Provinz erfolgreich aus dem jugoslawischen Staatsverband. 2008 wurde diese Politik in der Region durch die westliche Anerkennung des Kosovos als Staat abgeschlossen. Seit 2003 ist die NATO höchst offiziell am Afghanistan-Krieg beteiligt. Dieser hat sich inzwischen zu einem militärischen Schlamassel für sie und die mit ihr Hand in Hand agierende Koalition der Willigen unter Führung der USA entwickelt. Etwa 1.000 westliche SoldatInnen sind bereits gefallen. Anfang 2009 sind über 70.000 ausländische SoldatInnen am Afghanistan-Krieg beteiligt. Der neue US-Präsident Barack Obama hat Afghanistan zur zentralen Front im Kampf gegen den Terror erklärt. Die nächsten Truppenaufstockungen sind angekündigt. Bald werden es über 100.000 SoldatInnen sein – so viele wie die Sowjetunion bei ihrem Afghanistan-Krieg in den 1980er Jahren eingesetzt hatte.

Die NATO ist nach 60 Jahren keineswegs am Ende oder ein »Auslaufmodell«, wie die Zeitschrift »Internationale Politik« im März 2008 als skeptische Frage formulierte. Der sozialdemokratische »Vorwärts« sprach sogar von zahlreichen Beobachtern, die Grund sahen, der NATO »erneut das Totenglöckchen zu läuten«.<sup>1</sup>

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges sahen viele eine tiefe Sinnkrise der Bündnisorganisation, obwohl diese sich zügig umpositionierte und als »Neue NATO« neu erfand. Während die »alte NATO« völlig auf den Warschauer Pakt fixiert war, ist die Neue NATO für offensive Kriegsführung, also Militärinterventionen in aller Welt, konzipiert. Die »Bedrohung aus dem Osten« wurde durch ein breites und diffuses Spektrum von Risiken abgelöst. In kürzester Zeit hatte die NATO neue »Herausforderungen« entdeckt und sich neue Aufgaben gegeben. Die Transformation der NATO und ihrer Streitkräfte konnte beginnen.

Die Sicherheit des Bündnisses sieht die NATO seit 1991 »im globalen Zusammenhang«. Aber noch 1999 verortete sie sich nur im »euro-atlan-

---

<sup>1</sup> <http://www.vorwaerts.de/nachrichten/die-nato-zwischen-bedeutungswandel-und-bedeutungsverlust>

tischen Raum«. Die ersten »Out-of-area«-Einsätze fanden auf dem Balkan statt. Die regionale Beschränkung wurde erst 2002 endgültig aufgegeben. Seither heißt die Formel, »dass die Truppen dort eingesetzt werden müssen, wo immer sie gebraucht werden«. Mit Afghanistan wandte sich die NATO als Kriegspakt des Nordens das erste Mal einem Kriegsschauplatz im Süden zu. In ihren Beschlüssen ist es normal geworden, Länder wie Sudan (Darfur), Somalia, Nordkorea, Irak oder Iran zu thematisieren.

1991, als die NATO die ersten Grundlagen für die Umpositionierung zur Neuen NATO legte, war der Erfolg noch nicht ausgemacht. Die jahrelange Schwäche Russlands, das nach dem Kalten Krieg das stärkste Interesse an einem kollektiven Sicherheitssystem als Alternative zu einer vom Militärpakt NATO dominierten europäischen Ordnung zeigte, gab der NATO alle Trümpfe in die Hand. Staaten wie Polen oder die damalige CSFR, die 1990 noch eine Auflösungsagentur für Warschauer Pakt und NATO bilden wollten, gaben die Idee gemeinsamer Sicherheit verloren und konnten nicht schnell genug NATO-Mitglied werden. Die OSZE versank in der Bedeutungslosigkeit, die alte Idee, Sicherheit auf Kosten anderer zu sichern, triumphierte. Sogar Russland verbündete sich mit der NATO (NATO-Russland-Rat).

2009 ist die NATO stärker denn je: Ihre Mitgliederzahl ist auf 28 angewachsen, weitere Länder bzw. Regierungen möchten beitreten. Sie ist mit 29 weiteren Ländern in und um Europa in Form von institutionalisierten Partnerschaften verbündet, sei es im Mittelmeer-Dialog (MD), der Istanbul Cooperation Initiative (ICI) oder im Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) über die Partnership for Peace-(PfP)-Verträge. Die Armeen der NATO-Mitgliedstaaten und all dieser Bündnispartner werden auf Militärinterventionen in aller Welt ausgerichtet, trainieren ihr Personal und standardisieren ihre Waffen entsprechend. Am Afghanistan-Einsatz der NATO beteiligen sich sogar noch weitere Staaten insbesondere aus Ostasien und Ozeanien.

Der Bedeutungszuwachs des NATO-Militärpakts lässt sich an den Anteilen an den weltweiten Militärausgaben ablesen: Während die »alte NATO« 1985 einen Anteil von 48% aufwies, hatte die Neue NATO diesen 1995 auf 58% gesteigert. 2008 beträgt der Anteil der NATO-Staaten an den weltweiten Militärausgaben annähernd 70%! Darin sind die mit der NATO über Partnerschaftsverträge verbündeten Länder noch nicht einmal enthalten. Allein die USA zeichnen für etwa 50% der weltweiten Ausgaben verantwortlich.

Die gemeinsamen NATO-Budgets, aus denen die Verwaltung in Brüssel, aber auch militärische Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden, sind

allein von 2001 (1,5 Mrd. €) bis 2007 (1,8 Mrd. €)<sup>2</sup> um fast 20% gestiegen. Zum Vergleich: Die OSZE musste 2007 mit einem Jahresetat von 168 Mio. €<sup>3</sup> auskommen.

Im Strategischen Konzept von Rom hatte die NATO 1991 bereits alle neuen Bedrohungen zusammengestellt, denen sie sich in den nächsten Jahrzehnten widmen wollte. Wenn heute manche KritikerInnen neu entdecken, dass die NATO ihre Sicherheitsinteressen durch die Unterbrechung lebenswichtiger Ressourcen bedroht sieht, mag das folgendem Umstand geschuldet sein: »Operative Folgen für die NATO-Planungen hatte dieses Bekenntnis jedoch nicht.«<sup>4</sup> Dieses dürfte sich in nächster Zeit ändern. Wenn die NATO z.B. vor oder auch in Somalia auf Piratenjagd geht, spielt dabei die Sicherung der Ölversorgung die entscheidende Rolle.

Als im August 2008 die georgische Regierung versuchte, die abtrünnige Provinz Südossetien militärisch zu erobern, wurde schlagartig klar, dass es mit dem Verhältnis der NATO zu Russland nicht mehr zum Besten stand. Die NATO hatte unter Führung der USA ausgehandelte Abrüstungsabkommen nicht ratifiziert, Raketenabwehrplanungen aufgenommen, der Ukraine und Georgien die Mitgliedschaft angeboten und allgemein den Ton gegenüber Moskau verschärft. Gleichzeitig hatte Russland die Pläne für eine Gas-OPEC vorangetrieben, westliche Pipeline-Planungen zur Umgehung russischen Gebiets ausgehebelt und den militärischen Schulterschluss mit China in der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) gesucht. Vom Beitritt Russlands zur NATO redet heute kaum jemand mehr. Vielmehr versuchen Regierungen einiger mittel- und osteuropäischer Länder dem Geist der alten NATO neues Leben einzuhauchen und möchten ihre Sicherheit nicht gemeinsam mit Russland, sondern auf Kosten Russlands sichern.

Aber trotz aller Streitereien gibt es einen zentralen Bereich, bei dem NATO und Russland an einem Strang ziehen: den Afghanistan-Krieg. Deutschland, das mit Russland unverändert enge politische und wirtschaftliche Beziehungen unterhält, steht für seinen Bundeswehr-Nachschub nicht nur der russische Luftraum offen, sondern seit 2008 rollt er auch über russische Gleise. Im Dezember 2008 erklärte der NATO-Sprecher Appathu-

---

<sup>2</sup> Die gemeinsamen NATO-Budgets bestehen aus drei Einzelbudgets: Civil Budget, Military Budget und NSIP (= NATO Security Investment Programme). Diese betragen laut NATO Handbook 2001 sowie EU-Parlament 2007: Civil Budget 124,7 bzw. 181 Mio. €, Military Budget 746 Mio. bzw. 954 Mio. € sowie NSIP 624 bzw. 640,5 Mio. €. Alle drei Budgets zusammengenommen stiegen also die Ausgaben um 18,8%, nämlich von 1.494,7 Mio. € auf 1.775,5 Mio. €.; <http://www.nato.int/docu/handbook/2001/index.htm> bzw. [http://www.europarl.europa.eu/compar/afet/sede/hearings/20071122\\_missile/kendry\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/compar/afet/sede/hearings/20071122_missile/kendry_en.pdf)

<sup>3</sup> <http://www.osce.org/item/30092.html>

<sup>4</sup> Varwick, Johannes: Die militärische Sicherung von Energie, in: IP März 2008, S. 51

rai bei seinem Besuch in Moskau: »In Pakistan gibt es ... Überfälle auf den Transportwegen. Deshalb würde ein Abkommen über den Landtransit durch Russland sehr helfen.«<sup>5</sup> Vor diesem Hintergrund wird die NATO wieder die Verständigung mit Russland suchen (müssen). Es wird keinen zweiten Kalten Krieg geben. Die »alte NATO« ist tot.

Der Afghanistan-Krieg nimmt die NATO so in Anspruch, dass sie beim Aufbau ihrer 2002 beschlossenen schnellen Eingreiftruppe erhebliche Abstriche machen musste. Auch die ursprünglich in Konkurrenz zur NATO formierte EU-Eingreiftruppe ist nach zehn Jahren immer noch nicht in voller Stärke einsatzfähig.

Auf dem Jubiläumsgipfel 2009 wird die NATO vermutlich die Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzeptes in Auftrag geben, denn das von 1999 ist an einigen Punkten von der Realität bzw. NATO-Praxis überholt worden. Ein erlauchter Kreis pensionierter NATO-Generäle hat einen Entwurf für eine Grand Strategy der NATO vorgelegt. Hierin werden diverse Vorschläge zur Effektivierung der NATO und ihrer Kriegsführung gemacht. Es wird eisern an Abschreckung und Ersteinsatz von Atomwaffen festgehalten. Aus der alten Doktrin der »flexiblen Antwort« soll die »flexible pro-aktive Aktion« werden. Damit soll das Präventivkriegskonzept der Bush-Regierung von 2002 in der neuen NATO-Strategie übernommen werden.

Gerade für NATO-KritikerInnen ist es wichtig, den Afghanistan-Krieg nicht isoliert zu betrachten, sondern ihn im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik der NATO und den Bemühungen um eine Neue NATO-Strategie 2010 zu sehen. Dazu soll dieses Buch seinen Beitrag leisten.

Hamburg, Januar 2009

---

<sup>5</sup> »Afghanistan-Einsatz: NATO will Waffentransit durch Russland«, RIA-Novosti 11.12.2008, <http://de.rian.ru/world/20081211/118802379.html>

## 8. Ausblick

Wenn die NATO ihr Verhältnis zu *Russland* wieder verbessern will, wird es nicht ausreichen, rechthaberisch der anderen Seite immer wieder den Schwarzen Peter zuzuweisen. Genau das tun die NATO-Außenminister im Dezember 2008, wenn sie erklären, dass »die russischen Aktionen und Erklärungen der jüngeren Zeit unser Vertrauen in das fortdauernde Bekenntnis Moskaus zu den Werten und Prinzipien ernsthaft erschüttert (haben), die den Beziehungen zwischen der NATO und Russland zugrunde liegen«. Oder wenn sie Russland auffordern, »auf konfrontative Äußerungen, darunter Forderungen nach einer Einflussphäre, und Drohungen gegen die Sicherheit von Bündnispartnern und Partnern wie beispielsweise diejenige betreffend die mögliche Stationierung von Kurzstreckenraketen in der Region Kaliningrad zu verzichten«. <sup>62</sup>

Stattdessen wird die NATO ihren Autismus ablegen und eigene Fehler einräumen sowie die Perspektive der anderen Seite berücksichtigen müssen. Wenn Außenminister Steinmeier fordert: »Russland muss seinen Nachbarn das Gefühl der Bedrohung nehmen«, wäre der notwendige, zugehörige Perspektivwechsel: »Die NATO muss Russland das Gefühl der Bedrohung nehmen.«

Und da gäbe es allerlei für die NATO zu tun. Damit ihr auch *außerhalb der eigenen Einflusszone* Vertrauen entgegen gebracht wird, müssten die US- und NATO-eigenen Raketenabwehrpläne aufgegeben werden. Denn es geht nicht nur um US-Stationierungsplanungen in Polen und Tschechien, die von der NATO-Außenministern Ende 2008 einmal mehr ausdrücklich begrüßt wurden, sondern auch um »Möglichkeiten, diese Fähigkeit mit den derzeitigen NATO-Anstrengungen im Bereich der Raketenabwehr zu verknüpfen, um sicherzustellen, dass sie integraler Bestandteil einer künftigen NATO-weiten Raketenabwehrarchitektur würde«. <sup>63</sup>

Eine Chance zur Vertrauensbildung war der Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedjew (vom Juni 2008), eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa zu entwerfen und diese in einem *europäischen Sicherheitsvertrag* zu fixieren. »Er würde uns jede Möglichkeit geben, ein integriertes und solides System umfassender Sicherheit zu schaffen. Dieses System sollte für alle Staaten gleich sein – ohne jemanden zu isolieren und ohne Zonen

---

<sup>62</sup> Schlusskommuniqué der NATO-Außenminister-Tagung vom 2./3.12.2008 in Brüssel, Ziffer 24, [http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Erklaer\\_\\_Verteidigungs\\_\\_Aussenminister/ALT\\_\\_Schlusskommunique/2008\\_\\_12\\_\\_AM\\_\\_DownIDat,property=Daten.pdf](http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Erklaer__Verteidigungs__Aussenminister/ALT__Schlusskommunique/2008__12__AM__DownIDat,property=Daten.pdf)

<sup>63</sup> Ebenda, Ziffer 32



mit unterschiedlichen Niveaus von Sicherheit.«<sup>64</sup> Der französische Präsident Sarkozy griff die Idee immerhin nach einigen Monaten auf und schlug als Rahmen zur weiteren Erörterung einen OSZE-Gipfel für 2009 vor. Steinmeier unterstützte die Vorschläge: »Am Ende könnte die Verständigung auf eine neue Sicherheitspartnerschaft stehen: Ein verbindlicher Text, der den Rahmen liefert für gemeinsame Sicherheit und gemeinsames Handeln; eine neue ›Charta‹, die jene von Paris fortführt und für das 21. Jahrhundert erneuert.«<sup>65</sup> Einerseits enthält die Steinmeier-Position die traditionelle US- und NATO-Herangehensweise, möglichst völkerrechtlich verbindliche Verträge zu vermeiden (so wurde Russland nie verbindlich zugesichert, dass in den beigetretenen NATO-Ländern in Mittel- und Osteuropa keine NATO-Militärbasen errichtet würden; als die NATO später Bedarf sah, baute sie ihre Stützpunkte auf). Verständlich, dass Russland nach diesen wenig vertrauensbildenden Maßnahmen gerne einen richtigen Vertrag anstrebt.

Allerdings gelangte man in den Diskussionen nicht so weit. Die russisch-französische Initiative scheiterte bereits in der Qualifikationsphase: Das OSZE-Außenminister-Treffen konnte sich nicht auf die Durchführung einer entsprechenden Konferenz einigen: »Die meisten EU- und NATO-Mitglieder sprachen sich dagegen aus. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und mehrere osteuropäische Staaten äußerten Zweifel sowohl am Inhalt als auch am Ziel der russischen Initiative.« Sie hatten »den Verdacht«, »dass es Russland vor allem darum gehe, den Einfluss der NATO in Europa zu mindern...«<sup>66</sup>

Damit hatten sie den Kern der Sache erkannt: Entweder entscheidet man sich für das Konzept der kollektiven Sicherheit und gießt dies in ein Vertragswerk oder man entscheidet sich für das Konzept, Sicherheit auf Kosten von anderen zu schaffen. Letzteres geht natürlich am effektivsten, indem man ein möglich starkes Militärbündnis formiert, das potenzielle Gegner in Schach hält. Die Alternative lautet heute wie Anfang der 1990er Jahre: KSZE (heute OSZE) oder NATO? Die damalige KSZE-Euphorie wurde von der NATO ausgebremst. Wenn man bedenkt, dass nach dem Kalten Krieg historisch einmalig gute Chancen für ein kollektives Sicherheitssystem bestanden, weil nicht nur dem Warschauer Pakt, sondern auch der NATO schon die Totenglockchen läuteten, ist klar, dass die Medwedjew-Initiative keine politische Chance hat. Die NATO ist heute weniger als da-

---

<sup>64</sup> Medwedjew, Rede Oktober 2008 in Evian, zitiert nach: Richter, Solveig/Zellner, Wolfgang: Ein neues Helsinki für die OSZE?, SWP-Aktuell 81, November 2008, S. 2

<sup>65</sup> Steinmeier, Partnerschaft wagen..., a.a.O.

<sup>66</sup> »Einigung der Außenminister in Helsinki scheitert an Moskau«, in: FAZ vom 6.12.2008

mals bereit, der Idee der kollektiven Sicherheit Platz zu machen; für sie ist die Angelegenheit seit 1991 geklärt. Die zugehörige Arroganz bringt der britische Außenminister Miliband gut auf den Punkt, wenn er sagt, »Großbritannien fühle sich derzeit so sicher wie nie zuvor mit (gemeint ist wohl: in, UC) seiner Geschichte, daher sehe er keinen Grund, an der bestehenden Ordnung etwas zu ändern«. <sup>67</sup>

Während die Bemühungen um konventionelle Abrüstung in Europa durch die Nicht-Ratifizierung des KSE-Vertrages durch die NATO-Staaten zum Erliegen gekommen sind, hat die Wahl Barack Obamas ein Quäntchen Hoffnung gegeben, dass die neue US-Regierung in puncto *atomarer Abrüstung* initiativ werden könnte. Im Wahlkampf hatte sich Obama für verifizierbare Einschnitte im Atomwaffenarsenal ausgesprochen. Insofern bestehen Chancen, dass Verhandlungen zwischen den USA und Russland über ein Nachfolgeabkommen für START-1, das Ende 2009 ausläuft, erfolgreich sein könnten. Auch die Ratifizierung des in den 1990er Jahren ausgehandelten Atomteststopp-Abkommens durch den US-Kongress scheint im Bereich des Möglichen – auch wenn der US-Verteidigungsminister Gates dabei düpiert würde. Falls Russland die Frage der Raketenabwehr mit den Verhandlungen über die Reduktion von Atomwaffen verknüpft, darf man gespannt sein, wie sich die Obama-Regierung entscheidet: Die Stationierung der entsprechenden US-Systeme hat Obama erstens von der Zustimmung der Verbündeten abhängig gemacht. Diese hat er, entsprechende Formulierungen sind in den NATO-Beschlüssen von 2008 enthalten. Zweite Bedingung, so Obama: »...zuvor müsse die Technik sich unter Einsatzbedingungen als zuverlässig erweisen.« <sup>68</sup> Da dieser Aspekt eng mit der Finanzierung des Projekts verbunden ist, liegen in dieser Argumentation zeitliche Aufschubmöglichkeiten und sogar die Chance, das Projekt ganz zu canceln.

Niemanden in der Welt kann es kalt lassen, wenn in Europa neue Konfrontationslinien entstehen. Riesige Summen, die für die Lösung der globalen Probleme eingesetzt werden müssten und könnten, würden für Aufrüstung vergeudet. Gerade friedensbewegte Akteure müssen also ein hohes Interesse daran haben, dass sich die *Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und Russland wieder entspannen*. Die Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland in Hinblick auf den Afghanistan-Krieg lässt jedoch erkennen, dass solche Entspannung nicht automatisch zu friedlicherem Handeln in anderen Weltregionen beiträgt. Vielmehr könnten die frei werdenden Ressourcen auch militärisch eingesetzt werden: Nicht für die Alte NATO, sondern

---

<sup>67</sup> »Vertrauen fassen zur neuen Sicherheitsarchitektur«, in: FAZ vom 5.12.2008

<sup>68</sup> »Rückkehr zur Abrüstung«, in: SZ vom 13.11.2008

für die Neue NATO, also für offensive Militäroperationen außerhalb Europas und entsprechende Interventionstruppen (z.B. die NRF oder die EU-Eingreiftruppe). Den ersten Kriegen der Neuen NATO könnten durchaus weitere Kriege folgen, bei denen es gegebenenfalls auch zu einem gemeinsamen Einsatz von NATO und Russland kommen kann.

Auch die atomare Abrüstung wäre kein Selbstgänger, wenn Russland und die USA eine entsprechende »neue Entente« schlossen: »Drittstaaten, die einen der beiden Vertragspartner angriffen, würde ... mit einem russisch-amerikanischen Vernichtungsschlag gedroht. Diese Garantie könnte dann sowohl auf die NATO-Staaten als auch auf die ehemaligen Sowjetrepubliken ausgeweitet werden. Die zumindest verdeckt zwischen Amerika und Russland noch immer geltende Doktrin der gegenseitigen Abschreckung mit strategischen Nuklearwaffen wäre aufgehoben und gegen Dritte, Schurkenstaaten beispielsweise, gewendet.«<sup>69</sup>

Wer eine atomwaffenfreie Welt erreichen will, muss verhindern, dass weitere Länder sich Atomwaffen beschaffen. Zentrales Instrument der Nicht-Weiterverbreitungspolitik ist seit den 1970er Jahren der NPT. Dieser befindet sich heute in einer ernsten Krise. Diese ist entscheidend der Nicht-Bereitschaft der fünf NPT-Atomkräfte geschuldet, ihrer Verpflichtung zur atomaren Abrüstung aus dem NPT nachzukommen. Sogar einige derjenigen, die 1995, als es um die unbegrenzte Dauer des Vertrages ging, dies vehement befürworteten, skandalisieren heute den langjährigen Vertragsbruch der NPT-Atomkräfte und räumen nunmehr ein: »In der Rückschau muss auch ich ... bekennen, dass das ein Fehler war. Die Kritiker haben Recht gehabt.«<sup>70</sup>

Mit der aktuellen US-Nukleardoktrin sind sogar die ursprünglichen Sicherheitsgarantien aus dem NPT ausgehebelt, weil »keine Rücksicht auf die Vertragszugehörigkeiten oder Vertragstreue des jeweiligen Gegners« genommen wird. »Der erhoffte Sicherheitsgewinn, den die Nichtkernwaffenstaaten aus ihrem Vertragsbeitritt zu ziehen hofften, ist somit gegenstandslos geworden.«<sup>71</sup> Deswegen würde die Umsetzung eines neuen atomaren Abrüstungsvertrages zwischen den USA und Russland neue Bewegung schaffen können.

Allerdings sind damit nicht alle Probleme der Nicht-Verbreitung von Atomwaffen gelöst. Immer wenn ein Staat sich anschickt, Atomkraft zu werden, beginnt die Debatte um Zugeständnisse in Sachen zivile Atom-

---

<sup>69</sup> Ludwig, Michael: Sanftere Töne in Moskau, in: FAZ vom 23.1.2009

<sup>70</sup> Müller, Harald: Nichtverbreitungsvertrag: Regime kaputt, in: Internationale Politik, August 2006, S. 22

<sup>71</sup> Müller: Nichtverbreitungsvertrag ..., a.a.O., S. 19

energie. Diskutiert wird dann (wie im Fall Nordkorea): »der nicht diskriminierende Zugang zu Know-how, Forschung und Technologie. Dazu bedarf es institutioneller Lösungen bis hin zur Anreicherung... Ohne ... den garantierten Technologie- und Wissenszugang unter internationaler Kontrolle wird dieser Zug in die nukleare Souveränität kaum noch aufzuhalten sein.«<sup>72</sup>

Derlei Lösungsansätze stehen unter dem Primat des atomaren Bretts vorm Kopf, das dem NPT als Geburtsfehler anhaftet. Die Perspektive der Nicht-Verbreitung ist nachhaltig nur durch den weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie möglich. Denn das wichtigste Proliferationsrisiko ist der NPT selbst, der in seinem Artikel 4 die weltweite Förderung der Atomenergie beinhaltet. Entsprechend tritt die Kontrollinstanz des Vertrages, die IAEO, einerseits als »Feuerwehr« auf und soll Feuer löschen. Andererseits hat sie den Auftrag, Förderungsprogramme für Brandstifter durchzuführen. Solange alle Staaten auf ihrem »Recht« auf Atomenergie beharren, werden weitere militärische Atommächte entstehen.

Deswegen ist die Weiterverbreitung von Atomwaffen nur durch ein Drei-Schlüssel-System zu stoppen und umzukehren: Der erste Schlüssel ist die atomare Abrüstung, der zweite der Verzicht und Ausstieg aus der Atomenergie, der dritte ist die Weiterverbreitung erneuerbarer Energie-Technologien. Der dritte Schlüssel ist nötig, weil das Streben nach AKWs auch wirklichen Energieproblemen geschuldet ist. Aber solange die führenden Industrienationen ein falsches Atom-Vorbild abgeben, werden auch die anderen Staaten dem hinterherlaufen. Die Destabilisierung des atomaren Bretts vorm Kopf gelingt nur, wenn technologisch und kulturell nicht-nukleare Standards gesetzt werden. Der Ausbau von Solarenergie im eigenen Land muss internationales Ansehen verschaffen. Der Friedensnobelpreis sollte nicht (wie noch 2005 geschehen) Atomorganisationen wie der IAEO, sondern Repräsentanten eines Landes verliehen werden, das die erneuerbare Energie ausgebaut und auf ein Atomprogramm verzichtet hat.

Auch Deutschland sollte für die Verhinderung der Weiterverbreitung aktiv werden: Erstens muss Deutschland der nuklearen Teilhabe (Bereitstellung von deutschen Trägersystemen für US-Atomwaffen) entsagen und für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland sorgen.<sup>73</sup> Zweitens muss Deutschland kurzfristig eine politische Erklärung abgeben, dass es den Ersteinsatz von Atomwaffen politisch nicht mehr mit trägt und beabsichtigt, ei-

---

<sup>72</sup> Fischer, Joschka: Atomtest zwingt die USA und China zum Handeln, in: SZ vom 20.10.2006

<sup>73</sup> Siehe auch: [http://www.atomwaffenfrei.de/die\\_kampagne/index.html](http://www.atomwaffenfrei.de/die_kampagne/index.html)

nen entsprechenden Beschluss in der NATO herbeizuführen. Die Bundesregierung sollte sich parallel hinter die Vorschläge von Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker, Egon Bahr und Hans-Dietrich Genscher »Für eine atomwaffenfreie Welt« stellen, die einen allgemeinen »Non-First-Use-Vertrag unter den atomar bewaffneten Staaten«<sup>74</sup> verlangen. Drittens muss Deutschland seine eigenen AKWs abschalten, und zwar schneller als bisher vorgesehen. Diese Beschleunigung muss als Zeichen in den Zusammenhang der globalen Gefahr der Weiterverbreitung eingeordnet werden. Parallel wären ehrgeizige Energieeinsparprogramme und die Forcierung der erneuerbaren Energien vorzusehen.

Die Auflösung der NATO steht angesichts der gegenwärtigen Stärke der NATO für absehbare Zeit nicht auf dem Programm; daran ändert auch das militärische Desaster in Afghanistan nichts. Aber Deutschland sollte seinen großen internationalen Einfluss benutzen, um Veränderungen innerhalb der NATO durchzusetzen. Mit Beharrlichkeit und Dialog müssen auch die anderen NATO-Länder vom militärischen Irrweg abgebracht werden. Die gewünschte Rolle Deutschlands lässt sich als die eines internationalen Kriegsdienstverweigerers bzw. Zivildienstleistenden beschreiben.<sup>75</sup>

Wie müsste sich Deutschland in der NATO verhalten? Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um ein neues Strategisches Konzept wären neben der bereits erwähnten Initiative gegen den Ersteinsatz von Atomwaffen folgende kurzfristig machbare Punkte zur Veränderung der NATO-Politik zu nennen:

- Die NATO darf sich die Präventivkriegsdoktrin nicht zu Eigen machen;
- die Pläne für die NRF und das Konzept NATO-eigener Truppen müssen aufgegeben werden;
- auf eine finanzielle Stärkung der NATO, z.B. durch neue Finanzierungsmodelle, sollte verzichtet werden;
- es sollte keine Aufnahme weiterer Länder in die NATO geben;
- der Kosovokrieg sollte von der NATO als Völkerrechtsbruch qualifiziert werden, verbunden mit einer Erklärung, dass man sich fortan an das Völkerrecht und die UN-Beschlüsse hält und keine Militäraktionen mehr auf eigene Faust starten wird;
- es darf keinen Demokratieabbau innerhalb der NATO und keinen weiteren Kompetenzzuwachs für die Militärs geben.

---

<sup>74</sup> Schmidt, Helmut/Weizsäcker, Richard von/Bahr, Egon/Genscher, Hans-Dietrich: Für eine atomwaffenfreie Welt, in: FAZ vom 9.1.2009

<sup>75</sup> Cremer, Uli: Neue NATO – neue Kriege?, Hamburg 1998, Kapitel 5, S. 135ff.

Nicht zuletzt muss sich Deutschland für den Abzug der NATO-Truppen (und natürlich auch der OEF-Truppen) aus Afghanistan stark machen. Mit dem Abzug der Bundeswehr sollte Deutschland vorangehen und so ein Signal an die anderen Kriegsteilnehmer geben, diesem Beispiel zu folgen. Den politischen Willen vorausgesetzt, wäre der Abzug in wenigen Monaten zu bewerkstelligen. Diesem Schritt liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die NATO in Afghanistan nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist. Sie wird den Krieg nicht gewinnen können.

Mit den aufgezeigten kurzfristigen Schritten wären wichtige Beiträge zur Zähmung der NATO geleistet. Während die NATO (als Militärpakt) so langsam an Bedeutung verlieren, quasi zum »Auslaufmodell«<sup>76</sup> würde, könnten UNO und OSZE (als kollektive Sicherheitssysteme) aufgewertet werden. In einer finanziell und organisatorisch gestärkten OSZE könnten die Weichen für weitere Abrüstung in Europa gestellt und die Idee des Europäischen Sicherheitsvertrages realisiert werden.

---

<sup>76</sup> Die Fragestellung der Zeitschrift Internationale Politik vom März 2008 lautete: Auslaufmodell NATO?